

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nr. 8.—M. Durch Austräger 37,50 M. pro Woche. Durch die Post 80.— pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag. Redaktionspreis: 5.—6 Nachm. Produktionsgenossenschaft f. d. Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau. Postfachkonto Nr. 31059. — Fernsprech-Anschluß Ring Nr. 8837.

Montag, 6. November 1922

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzeile ober berechnen Raum 10.—M. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 2,50 M. Kleine Anzeigen per Wort 1,50 Mark. — Klebtname: Die Millimeterzeile 8 gespaltene ober berechnen Raum im Text 30.—M.

Kampfbereitschaft!

Gegen den deutschen Faschismus! — Gegen die Verelendung! Für den Reichsbetriebsrätekongress!

Während in Berlin die Sachverständigen beraten, während die „Schlesische Bergwacht“ am 3. November in breiter Schlagzeile „Günstige Entwicklung in Berlin“ faßelt, ist der Dollar an demselben Tage auf über 6000 gestiegen. Innerhalb zwei Tagen hat der Lohn der Arbeiter und Angestellten

die Hälfte der Kaufkraft verloren.

Während am Sonnabend in Breslau die Milch für 98 Mark das Liter verkauft wurde, hat die Breslauer Börse am Vorabend ihren Glanztag erlebt. Um Tausende stiegen die Papiere, stürmisch war die Nachfrage nach Anteilen auf Ausbeutung der Arbeitskraft. Die Preise des Stahlbundes sind bis auf das Bierzehnhundertfache, des Getreides auf das Elfhundertfache der Vorkriegspreise gestiegen. Nach den Beschlüssen des Reichstages wird in den nächsten Wochen der **Wohlstand nochmals mehr als verdoppelt**, die Kohlenpreise steigen weiter, die neuen Lohnerhöhungen der Reichsbahn bringen der Arbeiterfamilie 4000 Mark monatlich Mehrbelastung.

Wohin dieses bereits führt, wohin dieses noch führen muß, daß an diesem Elend, nicht wie so gern behauptet wird „das ganze Volk“, „die ganze deutsche Wirtschaft“ leidet, was dagegen zu tun ist, darüber lassen wir sprechen einen

Aufruf bürgerlicher Ärzte in Gotha.

Aufruf der Ärzte gegen den Hungertod!

Aus allen Gegenden Deutschlands, zumal aus den größeren Städten melden sich die Meldungen über neuerlich gehäufte, meist tödlich verlaufene

Erkrankungen an Scharlach

(einer mit Lockerung und Geschwürbildung des Zahnlisches einhergehenden bedenklichen Form der Unterernährung) und an Hunger-Wassersucht. Auch die Tuberkulose nimmt erschreckend zu.

Jetzt, nahezu vier Jahre nach Kriegsende, geht noch graufiger als damals (während des Krieges) das klappernde Gespenst des Hungertodes in den Städten um und fordert namentlich in der Kinderwelt, aber auch von den Schwachen, zahllose Opfer.

Dabei strotzen die Schaufenster wie niemals im Frieden von verlockenden Lebensmitteln und Delikatessen, von Schokolade, Nüssen und Zigaretten.

Lebensmittel sind in bester Beschaffenheit und strahlender Fülle vorhanden.

Wegen der unerschwinglichen Preise sind aber für recht viele die allernötigsten Lebensmittel nicht zugänglich. Leben bitterster Not und graufigem Hunger macht sich allermächtig

elchastisches Proletariat und Schlemmerleben

breit. Verzweiflungszustände aller Art, Familienelbstmord, epidemisch an sich greifende Hunger-Gewaltstötungen sind unausbleiblich.

Produzenten, Zwischenhändler, Verarbeiter und Verkäufer überbieten sich förmlich — heuchlerisch einer den anderen als den alleinigen Schuldigen bezeichnend — in unerträglicher, immer sich steigender Raffschicht auf Kosten der Volksgesundheit, der Körperlichen wie geistigen, möglichst schnell unermesslich reich zu werden.

In allen Städten müssen Ausschüsse berufener Männer und Frauen aller Stände und Parteien eingesetzt und bestmöglichst gestützt werden, welche das willkürliche, freudlose hinaufstreben der Preise gründlich aufdecken und die Behörden unterstützen.

Sie tut not! Seht es so weiter wie bisher, dann werden im kommenden Winter viele Tausende deutscher Mitbürger den entsetzlichen Qualen des Hungers selber ein Ende machen. werden beispiellose Verzweiflungszustände um Rache zum Himmel schreien, wird die Tuberkulose auf viele Jahrzehnte hinaus zur verheerenden Volkspest Deutschlands emporklimmern.

Der Ärztekammervorstand der Provinz Sachsen hält es für seine heilige Pflicht, zum

Schlesischen Kampf gegen Hunger und Furchtstreben nachdrücklich alle Berufenen und Outgesinnten aufzufordern, um das graufige Gespenst des Hungertodes zu bannen und das unheimliche Anschwellen der Tuberkulose einzudämmen.

Ges. Rat Prof. Dr. Hl.

Selbsthilfe der werktätigen Massen ist der einzige Ausweg aus dem Elend, das sie allein betrifft, das immer mehr den Abstand vergrößert, immer mehr den Gegensatz verschärft zwischen dem Fabrikarbeiter, dem Bergmann, dem Landarbeiter, dem kaufmännischen Angestellten, dem Ladenmädchen, Dienstmädchen, dem Schupmann, dem Unterbeamten einerseits — und dem Schieber, Prosser, Kapitalisten, Großagrarien, Bankherrs, Großkaufmann, Krautjunker, Börsenjobber andererseits.

Keinen Weg aus dem Elend weisen aber die Verhandlungen in Berlin. Im Gegenteil! Nur verschärfte Kontrollmaßnahmen, ein neues profitreiches Garantiegeschäft für die deutschen Industriellen, einen ähnlichen Sklavenvertrag, wie er Oesterreich in Genf aufgezwungen wurde, können die Berliner Verhandlungen bringen, die **vollkommene Verklavung der deutschen Arbeiterschaft**

an das internationale Kapital.

Kein Weg aus dem Elend ist die weitere Unterstützung dieses Treibens der Koalitionsregierung durch die Sozialdemokratie, die Hemmungspolitik der Gewerkschaftsbürokraten, welche durch Schimpfen und Verleumdungen der Kommunisten die ihnen wachsende Bewegung der Arbeitermassen bremsen wollen.

Kein Weg aus dem Elend ist die verzweifelte Hoffnung auf einen Rechtsputsch, wie sie in den unaufgeklärtesten, am meisten zurückgebliebenen Schichten flackert. Wittern irren sich diejenigen, welche glauben, daß eine Rechtsregierung die Not lindern könnte. Wenn jetzt die Orgeleinstrumente solcher unter die Massen austreten, so wollen sie

durch Röder den befürchteten Widerstand brechen.

Würden jedoch die deutschen Faschisten jemals zur Macht gelangen, so würden sie nur unter weißem Terror ihre Ausbeutung verdoppeln, um noch mehr schlemmen und prassen zu können als bisher — sind sie doch gewohnt auf den Knochen des „Böbels“ ihre Menschlichkeit zu errichten.

Nein, der Weg aus dem Elend ist nur der einzige: **Auf sich selbst muß sich die deutsche Arbeiterschaft stellen!**

Und zu dieser Erkenntnis, zur Erkenntnis, daß die kleinbürgerliche Erfüllungspolitik der Reichsregierung, der SPD, zusammengebrochen ist, kommt die deutsche Arbeiterschaft in immer erhöhterem Maße.

In dieser für die Arbeiterschaft so ernsten Stunde hat jetzt der Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte **den Reichsbetriebsrätekongress auf den 23. November einberufen.**

Die verschiedenen Landeskongresse haben gezeigt, daß die deutsche Arbeiterschaft immer rascher zu der Erkenntnis kommt, daß nur sie eine Aenderung der Verhältnisse herbeiführen kann. Jeder Arbeiter aber soll wissen, daß das Zustandekommen des Kongresses allein nicht irgend etwas ändern kann, sondern daß nur durch den andauernden schweren Kampf der gesamten Arbeiterschaft etwas zu erreichen ist.

Nur auf dem Wege der organisierten Selbsthilfe ist es möglich, der weiteren Verelendung der Arbeiterschaft einen Damm entgegenzusetzen. Jeder Tag beweist durch neue Sabotage gegen das Proletariat die Notwendigkeit des entschlossenen und energiegelassen Kampfes der Arbeiterschaft. Darum rüstet zum **Reichsbetriebsrätekongress!**

Die Lehren des sächsischen Betriebsrätekongresses.

Von Paul Bötcher-Leipzig.

Die revolutionären Betriebsräte Sachsens haben mit ihrer Tagung am Sonntag, den 29. Oktober, gezeigt, was zielbewußte organisierte Arbeit zustande bringen kann. Der Dresdner Kongress der sächsischen Betriebsräte hat Bedeutung weit über die Grenzen Sachsens hinaus. Seine Arbeiter standen in engster Verbindung mit dem Kampfe der Proletarier der benachbarten Tschechoslowakei, sowie aller deutschen Provinzen. Inmitten des unaufhaltsamen Abwärtsrutsches der Koalitionspolitik und der Koalitionsrepublik war der sächsische Betriebsrätekongress ein warnendes Signal für alle, die nicht mit Blindheit geschlagen sind. Hunderttausend Stimmen riefen laut: Bis hierher und nicht weiter! Der proletarische Riese hat nach langem Schlafe zum ersten Male wieder seine eigene Kraft gemessen. Stärkung des Selbstbewußtseins und des Selbstvertrauens haben die Betriebsräte von ihrem Kongress mit nach Hause genommen. Kraftbewußtsein und das Bewußtsein der geschichtlichen Rolle der Arbeiterklasse sind noch viel zu wenig eingewurzelt in den Hirnen der Proletarier. Dieser Tatsache verdanken es auch die Arbeiter, wenn es den „berufenen“ reformistischen Führern auch heute noch möglich ist, in Versammlungen und Zeitungen den Arbeitern die „Reise“ zur Leitung ihrer eigenen Geschicke abzuspüren. Die sozialdemokratischen Betriebsräte, die auf dem Kongress mehrfach in längeren Ausführungen zu Worte kamen, waren berufen, lebendige Kläger gegen ihre eigenen Führer, sie wurden unbewußt zum Gewissen der deutschen Revolution.

Die sächsischen Arbeiter hatten ihre Delegierten beauftragt, auf dem Kongress den Weg aus der Verelendung zu suchen. Der Weg ist gefunden! Alles kommt jetzt darauf an, daß er rücksichtslos und siegesbewußt beschritten wird. Es war kein Zufall, daß sich inmitten des Chaos der kapitalistischen Wirtschaft aus der Arbeiterschaft der Ruf nach der Kontrolle der Preise, der Kohlen, der Verkehrsmittel, der Warenbestände und Banken, kurzum der Kontrolle der gesamten Wirtschaft, erhob. Lauter und stürmischer wird dieser Ruf von Tag zu Tag. Die Forderung wird jetzt so scharf gestellt, daß die sozialdemokratische Presse gezwungen ist, sich mit ihr auseinanderzusetzen. Die Chemnitzer „Volkstimme“ drückt den „Vorwärts-Artikel“ von Dalin über die Kontrolle der Produktion nach. Dieses Importgewächs der deutschen sozialdemokratischen Presse ist bereits an anderer Stelle nach Gebühr zerzaust worden. Wir wollen hier nur an einem Beispiel den sächsischen Arbeitern zeigen, wie gebieterischer von Tag zu Tag die Kontrolle der Produktion gefordert werden muß. Wir entnehmen das Beispiel dem „Vorwärts“. In Nr. 511-512 des „Vorwärts“ schreibt Kurt Feing sehr interessante Dinge über die Produktionsabotage des deutschen Unternehmertums. U. a. heißt es:

„Das Warenerzeugen ist ihm (dem Unternehmer) meist nicht die Hauptsache, an der Weiterbildung seines Betriebes hat er nur mittelbares Interesse, Ausgaben für technische und organisatorische Durchbildung der Produktion sind ihm verhasst, er will nur verdienen. Rohmaterial und fertige Ware sind zuerst Spekulationsobjekt, dann sind sie eine Grundlage, auf der meist die waghalsigsten Devisenengagements aufgebaut werden. Es gibt heute schon eine ganze Klasse von Unternehmern, für die der Betrieb nichts weiter ist, als eine Legitimation gegenüber der Öffentlichkeit, den Banken und Behörden.“

Jener äußeren Verderbnis ging eine innerliche Niederklichkeit parallel, die kaum glaublich erscheint. Oft

genug ist für ein neues Direktionsauto eher Geld vorhanden, als für Werkzeuge oder praktische Registraturkräfte. Die Herren jener Unternehmungen verstehen es, durch Vorschüsse und Kredite sich selbst zu Schuldnern ihres eigenen Geschäfts zu machen.

So ist es auch möglich geworden, daß allergrößte Unternehmer heute, je nach Laune und Stimmung, mit Papierfabriken, Automobilunternehmungen oder Großbanken jonglieren, daß der kleinste selbständige Kosmisch von Wiederbeschaffungspreis und Dollargrundlage lebt und daß in weiten Kreisen des Unternemertums mit ganz wenigen Ausnahmen ein kultur- und charakterloser, widerlicher Luxus, eine ewige Sifordien-Atmosphäre herrscht.

So sieht nach dem Urteil des "Vorwärts" das deutsche Unternemertum aus. Braucht es wirklich noch weiterer Beweise für die absolute Notwendigkeit der Kontrolle der Produktion und Verteilung? Und für diese Faisische, für die unersättlichen Vampire, die nicht wissen, wohin mit dem Reichtum und den Millionen, für diese Nichtstuer und Parasiten soll die deutsche Arbeiterklasse zehn Stunden schuften, um die "Produktion zu steigern". Der sächsische Betriebsrätekongreß hat das seinige dazu getan, um eine Verlängerung des Achtstundentages abzuwehren, um den letzten "glänzenden Fischzug vor der großen Pleite" vorläufig zunichte zu machen.

Zu den aktuellen Fragen der sächsischen Landespolitik hat den Kongreß eingehend Stellung genommen. Ausgehend von der Erkenntnis, daß der ökonomische und politische Kampf untrennbar miteinander verbunden sind, sprach sich der Kongreß gegen jede Koalitionsregierung in Sachsen aus. Er verpflichtet sich, alle Kräfte dafür einzusetzen, daß der am 5. November neu zu wählende Landtag eine Arbeitermehrheit bekommt. In diesem Falle fordert die hinter den Betriebsräten stehende Arbeiterschaft die Bildung einer Arbeiterregierung in Sachsen. Eine Reihe wichtiger, sofort realisierbarer Forderungen würden von den Betriebsräten aufgestellt, die die Basis einer solchen Arbeiterregierung bilden sollen. Die Arbeiterregierung muß den Vollversammlungen der Betriebsräte und dem periodisch zusammentretenden Landesbetriebsrätekongreß alle für die proletarischen Interessen wichtigen Gesetzvorlagen unterbreiten. Der von den sächsischen Betriebsräten zu wählende Vollzugsausschuß hat die Aufgabe, die Arbeiter für die Durchführung dieser Beschlüsse zu mobilisieren und den Kampf für ihre Verwirklichung zu führen. Gegen den reaktionären Kurs der Reichsregierung muß die Arbeiterschaft den Kampf aufnehmen. Die Hauptziele dieser Regierung sind die Betriebsräte außerhalb des Parlaments.

Drei wichtige Lehren lassen sich aus dem Verlauf der Dresdner Tagung ziehen: Jedermann, ganz gleich, welcher Parteirichtung, der Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, mußte erkennen, daß Teuerung und Not ins Unermeßliche gestiegen sind. Die Betriebsräte waren nicht die Vertreter von Betriebsminoritäten, wie es die "Dresdner Volkszeitung" am 30. Oktober behauptet, sondern sie waren alleamt Vertreter der Betriebsmajoritäten. Ein sehr großer Teil von ihnen war von einer Reihe von Betrieben gemeinsam delegiert. Als zweite Tatsache gab der Kongreß ein Bild von dem politischen Zerlegungsprozeß in der SPD. Je schärfer die politischen Kämpfe werden, je brutaler das Unternemertum auftritt und das Proletariat zum Widerstand zwingt, um so mehr entfernen sich die sozialdemokratischen Arbeiter von der Politik ihrer Führer. Das kam auf dem Kongreß mehr als einmal beredt und spontan zum Ausdruck. Eine dritte Lehre wird die kommunistische Partei ziehen können. Die Arbeiter erkennen in immer größeren Massen an, daß die Grundzüge und die politischen Kampfmethoden der SPD allein in der Lage sind, das Proletariat im Kampfe gegen die allgemeine Verelendung zu führen. Der Kongreß hat ein Bild gegeben von dem Einfluß der kommunistischen Partei unter der Arbeiterschaft Sachsens. Mögen die sozialdemokratischen Führer über diese Lehren nachdenken und ihre Schlüsse daraus ziehen.

Als Ergebnis des Kongresses stellen wir jetzt Kampfanzeige an die unsägliche Regierung, Abgabe an die Koalitionspolitik und die arbeitsgemeinschaftliche Taktik der Gewerkschaften, Organisierung des Kampfes gegen die Teuerung auf einer höheren Stufe, Anerkennung und Unterstützung des Reichsbetriebsrätekongresses.

Der erste Betriebsrätekongreß in Sachsen hat die erste Phase im selbständigen Kampfe der Arbeiter gegen die Teuerung abgeschlossen. Der Kampf beginnt jetzt auf einer breiteren Basis mit weiteren Zielen. Die Gewinnung des gesamten sächsischen Proletariats, der Hausfrauen, Angestellten und Beamten für diesen Kampf ist die unmittelbare Aufgabe der Arbeiterschaft in Stadt und Land.

Die bayerischen Fasziisten vor dem Vorschlagen.

Nach Münchener Meldungen, die auch der "Vorwärts" wiedergibt, sind dort die bayerischen Fasziisten dann und dran, loszugehen. Das Zentrum der Bewegung soll die Villa des früheren bayerischen Ministerpräsidenten u. Kaiser in München sein, der nach dem Sturz Ludendorff das Gelede von ganz ist. Auf Erhardt ist bereits in der Villa des Herrn v. Nahr gewohnt. Die Bewegung, der auch das Reichswehrkommando in München nicht fernsteht, hat nicht nur den Hauptquartier von München herbeigeholt, sondern ist auch in Döhringen (Franken) organisiert. Nebenbei darf auch der Entschluß, Ruppertsberg in diesem Punkte nicht zu verlassen, wenn er auch vorläufig keine Zusammenhänge mit den Fasziisten abgibt.

In den internationalen Zeitungen taucht es bereits. Deutschland, laßt bereit! Der deutsche Bürger mußte sich nach dem Sturz der italienischen Fasziisten rühren, da in diesem Winter keine Beschäftigten jenseits auf die Probe

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Der Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Reichsbetriebsrätekongreß nun endgültig für den

23., 24. und 25. November nach Berlin Neue Welt, Hasenheide

mit folgender Tagesordnung einzuberufen.

1. Die Wirtschaftskrise und die Arbeiterklasse. Referent: Betriebsrat Grothe, Berlin.
2. Unser Kampf gegen die Teuerung und völlige Verelendung der Arbeiterschaft. Referent: Krauser, Mitteldeutschland.
3. Anträge.
4. Rassenbericht.
5. Wahl.

Kollegen!

Nutzt die wenigen Wochen aus, verdoppelt eure Kräfte und sorgt dafür, daß auch der letzte Arbeiter erkennt, um was es geht. Dann, aber nur dann können die Beschlüsse des Kongresses verwirklicht werden.

Anträge für den Kongreß müssen spätestens bis zum 15. November bei dem Kollegen Grothe, Berlin, Naumnstr. 71, eingereicht werden.

Der Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte
i. A. Hermann Grothe.

gestellt werden würde. Das italienische Beispiel läßt überall seine Wirkung auf die interrevolutionären bewaffneten Formationen, ihre Tätigkeit und ihre Verbindungen aus. Besonders die bayerischen Fasziistenbanden üben sich bereits, geführt auf die bayerischen Helfer der bayerischen Reaktion, im Vorschlagen. Die Schutzgarden der Ausbeuterklasse arbeiten mit reichlichen Geldmitteln des nationalsozialistischen Agrar- und Industriekapitals. Die SPD-Presse konnte erst vor einigen Tagen die Meldung bringen, daß der fafentreuere faschistische Bandenführer Müller zwölf Millionen Mark von Jugenberg, dem Generaldirektor des Schwerindustriellen Krupp, bekommen hat. Bereits der Feldzug der Hitler-Garde nach Götting zeigte durch sein militärisches Gepräge, daß sich die bayerischen Fasziisten bei ihren Aktionen wie in Feindesland benehmen. Die Arbeiter wurden geradezu bestialisch behandelt. Auch in Bamberg machten jüngst sogenannte nationalsozialistische Sturmtruppen Angriffe auf die Teilnehmer einer rechtsozialistischen Jugendkonferenz. Nach dem Vorbilde der hitlerischen Gardes in München haben die Streicher und Konjungen in Nürnberg ihre militärischen Formationen (Sturmabteilungen zu Fuß) gebildet. Diese Sturmabteilungen betätigen sich in der Art, daß sie Leute, die jüdisch anstehen, oder die sie für Kommunisten hielten, schwer mißhandeln. Wir sind also gar nicht mehr weit von italienischen Zuständen entfernt. Besonders bemerkenswert sind die offenen Verbindungen dieser militärisch auftretenden Banden mit Offizieren der "republikanischen" Reichswehr, der Reichsmehr, die wie ja auch im Rathenau-Prozeß hinsichtlich des kasseler Reichswehr-Kommandos festgestellt wurde, geradezu sich als Wasserabzweigungen etabliert haben.

Fasziisten macht auch in der bayerischen Landespolizei die monarchistisch-nationalistische Bewegung Fortschritte. Die sozialdemokratische "Münchener Post" teilt unter dem Titel: "Fasziisten und bayerische Landespolizei" die Entlassung eines republikanisch gesinnten Wachtrüfers mit, der sich gegen Beschimpfungen der Republik seitens des Hauptmanns gemeldet hatte, und auch auf die Wasserwerke des Freifürsten Oberland hingewiesen hat. Die deutschfaschistische Landespolizeiwachmeister dagegen werden befördert. Die Beschwerde des ehemaligen republikanischen Wachmeisters bis hinauf zum Innenminister verworfen. — Es ist höchste Zeit, daß das gesamte Proletariat der mißgeordneten Reaktion mit revolutionärer Entschlossenheit in die Säge fällt.

Roter

Gewerkschaftskongreß in Prag.

(Eigener Drahtbericht der "Roten Fahne".)

Prag, 31. Oktober.

Am 2. Verhandlungstag des Außerordentlichen Gewerkschaftskongresses bezog die Gewerkschaften im Namen der Roten Gewerkschaftsinternationale den Kongreß. Nach seiner Begrüßungrede machte er, um den Befolgen der Politik zu gewährleisten, sofort abgelesen. Erst Meldung der Mandatsprüfungskommission waren am Kongreß 261 Delegierte in Vertretung von nahezu 32000 Mitgliedern beteiligt. Am häufigsten waren die Holzarbeiter (18000), die chemischen Arbeiter (7500), Textilarbeiter (4000), Metallarbeiter (12000), Landarbeiter (2000), Eisenarbeiter (2000) und Bergarbeiter (21000) vertreten. Der Kongreß beschloß den bedingungslosen Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale und nahm eine Resolution an, in der die Notwendigkeit der proletarischen Einheitsfront betont und dem Roten Gewerkschaftsverband der Auftrag gegeben wird, alles zu unternehmen, um die gewerkschaftliche Einheit mit den Anstrengungen wieder herzustellen.

Das rote Gewerkschaftsstatut und die kommunistische Parteileitung werden sich in einem Anstreben an das sozialistische Proletariat, den 5. Kongreß der russischen Revolution mit einem mächtigen Anmarsch zu begeben.

Fasziismus und die Industrie.

Wie die Agentur Bolin aus Rom mitteilt, ist es der italienische Industrieverband gewesen, der bereits seit langem ein faschistisches Statut unterstügt hat. Er war es auch, der dem König die Zustimmung der Industriellen zu einem Statut Mussolini mitteilte, als der König mit Calocerna verhandelte.

Mussolini veränderte schon das Programm der Industrie. In Italien wird kein Streik gehalten! Mussolini sprach von "Einheitsfront" mit den Arbeitern, was das heißt, diese "Einheitsfront" auf Kosten der Arbeiter und Beamten. Hinter den bühnenhinteren Phrasen des Mussolini steht die Skandalpolitik des Kapitals. Der Gigant Mussolini ist die Pupille des italienischen Kapitals.

Auch die deutschen Fasziisten werden von der Industrie und den Banken strangiert. Auch die deutschen Kapitalisten des Sinnes, die Krupp und Thyssen, werden die deutschen Fasziisten zur Niederhaltung der Arbeiterschaft verwenden, wenn ihnen dies mit Hilfe der Sozialdemokraten und der republikanischen Regierung nicht so gelingt, wie sie wollen. Der soziale Sinn der Reaktion ist die ungehemmte Ausbeutung der Arbeiterschaft. Eine Besiegung der Reaktion ohne Niederhaltung der gesamten Bourgeoisie ist eine Unmöglichkeit. Nur wenn die Arbeiterschaft sich zum unbeschränkten Herrn über Staat und Wirtschaft macht, ist sie imstande, auch die Reaktion zu vertilgen.

Arbeitsruhe am 9. November.

Die Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission beschloß in ihrer am 1. November stattgefundenen Sitzung, den 9. November durch vollständige Arbeitsruhe zu feiern. Die Durchführung der Demonstration bleibt den Arbeiterparteien überlassen.

Dieser Beschluß muß richtunggebend sein für die gesamte Arbeiterschaft. Gegenüber den Unternehmerproklamationen, auf die Drohung mit fruchtloser Entlassung von Arbeitern und Abhebung der Betriebsräte gibt es nur eine Antwort: Vollständige Arbeitsruhe am 9. November und geschlossener Aufmarsch der arbeitenden Massen. Wir Kommunisten, die genau wissen, daß die Arbeiterschaft wenig Ursache hat, die heutige kapitalistische Republik zu "feiern", stehen geeint mit allen, die am 9. November ihren Willen gegen das Kapital zu kämpfen kundgeben.

Die Arbeiten des 4. Weltkongresses.

Der 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale wird nach einer Mitteilung der Russischen Telegraphen-Agentur am 4. November in Petersburg eröffnet werden. Am 7. November wird die erste Sitzung in Moskau abgehalten, in der Lenin eine Rede halten wird. Am 20. November wird der Internationale Gewerkschaftskongreß eröffnet. Heute haben die Sitzungen des erweiterten Plenums der Exekutivkommission des Vollzugsausschusses der kommunistischen Internationale begonnen.

Polnische Blutherrschaft.

In der Gerichtsverhandlung vor dem Lemberger Gericht gegen den ukrainischen Studenten Fedak, der vor einem Jahre auf den Staatschef Wladislaw ein Attentat verübt hat, kam es zu furchtbaren Enthüllungen über die polnische Gewalttherrschaft über die ukrainischen Bauern. So erklärte der Angeklagte, eine polnische Strafexpedition habe die Bauern in der unerhörtesten Weise gequält und sie z. B. gezwungen, ihr eigenes Blut in ihren Mähen aufzusaugen und die auf das Wohl der Ukraine zu leeren. Der Verteidiger wurde wegen seiner Behauptung, dies mit Zeugen beweisen zu können, bestraft. Im weiteren Verlauf seiner Vernehmung schilderte der Angeklagte die Greuelthaten, denen die ukrainische Bevölkerung während des Feldzuges der weißgardistischen Armee Hallers gegen Sowjet-Rußland ausgesetzt war, ferner die Behandlung ukrainischer Gefangenen in den polnischen Internierungslagern, die allgemein als Todeslager bezeichnet wurden. Von den Hunderttausend Internierten sei mehr als die Hälfte in den Lagern gestorben. Der Hauptverteidiger Fedak und zwei weitere Verteidiger wurden vor Beginn der Verhandlung verhaftet.

Italien gegen Jugoslawien.

Aus Belgrad liegen alarmierende Meldungen vor, die auf Grund der Nachrichten, Fasziisten hätten die Grenze bei Sussat überschritten, in Belgrad ein Minireferat abgehalten worden sei, der die Armeekommandanten Agram und Sussat angewiesen habe, militärische Maßnahmen zur verschärften Beobachtung der Grenze zu treffen.

Bradbury über die Reparationsfrage.

Der englische Vertreter in der Reparationskommission, John Bradbury, erklärte dem Berliner Vertreter der "Chicago Tribune": Wenn die Reparationskommission kein Auskunftsamt findet, um die Mark zu stabilisieren und das Gleichgewicht ins Budget zu bringen, so fürchte ich, daß Deutschland denselben Weg wie Oesterreich gehen wird. Das Problem selbst ist außerordentlich schwierig. Das Hauptproblem liegt darin, einen Weg zu finden, um die Mark zu stabilisieren. Eine internationale Anleihe wird erst dann erzwungen werden, wenn das Problem gelöst sein wird. Eine Anleihe ist unmöglich, ohne Stabilisierung der Mark. Als ich vor einigen Wochen einen Plan vorlegte, um die finanziellen Schwierigkeiten Deutschlands zu lösen, war die Situation noch viel besser. Die Mark stand damals 2000 zum Dollar; heute steht sie 6000. Deutschland borgt täglich vier Milliarden Mark von der Reichsbank aus. Das ist schrecklich. Es will mir scheinen, als ob das deutsche Budget nur durch drastische Maßnahmen wieder ins Gleichgewicht gebracht werden kann, und wir wollen solche Maßnahmen suchen. Bradbury erklärte weiter, daß es notwendig wäre, die Verantwortlichkeit zwischen der Reparationskommission und der deutschen Regierung zu teilen. Die Reparationskommission solle ihren Sitz nach Berlin verlegen, um im Einverständnis mit der deutschen Regierung eine Kontrolle herbeizuführen.

Die Sozialdemokraten werden über die Ansprüche ihres englischen Lieblings wenig erbaut sein. Erst Stabilisierung der Mark, dann — "Erwägung" (!) einer internationalen Anleihe. Wie die Mark, die je mehr man vor "Stabilisierung" redet, desto tiefer sinkt, stabilisiert werden soll, darüber hat freilich Herr Bradbury nichts zu sagen. Was er vorschlägt, sind "drastische Maßnahmen" zur Balanzierung des deutschen Budgets, d. h. neue Steuern, die natürlich vor allem die Arbeiter zu zahlen haben, und die Entente-Kontrolle.

Der Zusammenbruch der Zirkus-Susch-Aktion.

Wie schon mitgeteilt wird, sind die Gewissen Rosenberg und Gohlke, die als Mitglieder der Berliner Bezirksleitung wegen der Zusammenstöße am Zirkus Busch unter der Beschuldigung des Landfriedensbruchs verhaftet worden waren, heute aus der Haft entlassen worden.

Der bürgerliche Untersuchungsrichter muß damit zugeben, daß die ganze Verfolgungaktion des Sozialdemokraten Richters gegen die Kommunisten eben zusammengebrochen ist.

Scharfe Opposition gegen die Opportunisten der SPD.

Innerhalb der SPD wird in der Mitgliedschaft der SPD die Opposition gegen die reaktionäre, menschenflehene Politik der Parteileitung und Reichstagsfraktion. Auf der Delegierten-Generalsammlung der SPD-Frankfurt wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die von der Parteileitung und der Reichstagsfraktion großer Entschiedenheit verlangt und die Erfassung der Sachwerte fordert.

Ob die Annahme von Resolutionen genügt, die Führer der SPD aus der nationalen Einheitsfront herauszureißen?

Schlesische Rundschau.

Kommunistische Vorschläge zu den Wahlen in OS.

Zu den Wahlen zum Reichstag und Landtag, die am 19. November stattfinden, hat die kommunistische Partei für den Wahlkreis Opatowitz folgende Kandidaten aufgestellt:

Reichstag.

1. Maslowski, Peter, Redakteur, Berlin-Waldmannslust.
2. Osmani, Peter, Kesselmacher, Wilschütz.
3. Belmel, Alois, Handelsmann, Neustadt OS.
4. Schmidt, Hugo, Lokomotivführer, Bernitz.
5. Kausl, Theodor, Schriftsteller, Gleiwitz.
6. Libor, Robert, Tapezierer, Opatowitz.
7. Posinek, Berta, Hausfrau, Hindenburg.
8. Kaldonek, Johann, Schlosser, Hindenburg-Baborske.
9. Dombrowski, Artur, Redakteur, Gleiwitz.
10. Schubert, Marie, Hausfrau, Neustadt OS.

Preussischer Landtag.

1. Smolka, Josef, Sattler, Gleiwitz.
2. Jendrosch, Friedrich, Eisenbahner, Hindenburg.
3. Sobla, Philipp, Tischlermeister, Ratibor.
4. Schubert, Johann, Schuhmacher, Neustadt OS.
5. Behr, Karl, Arbeiter, Gleiwitz.
6. Wlora, Josef, Bahnarbeiter, Beuthen.
7. Wyszka, Artur, Schlosser, Wilschütz.
8. Maslowski, Peter, Redakteur, Berlin-Waldmannslust.
9. Kaczora, Theodor, Schlosser, Gleiwitz.
10. Brandt, Karl, Holzleger, Beuthen.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Waldenburger Bauarbeiter für den Reichsbetriebsrätekongress.

Trotz der Sabotage der Gewerkschaftsführer.

Am der Stadtbrauerei zu Waldenburg fand am Donnerstag, den 26. Oktober eine Bauarbeiterversammlung statt. Besandteil waren: 1. Bericht von den Lohnverhandlungen, 2. Quartalskassenbericht, 3. Anträge und Verschiedenes. Da die beiden Vorsitzenden krank waren und Kol. Scholz nur an einer Sitzung des Gewerkschaftsrates teilnehmen konnte, erstattete ein Redaktor Bericht über die Lohnverhandlungen. Er führte aus, daß die Unternehmer die Forderung der Bauarbeiter vor Abbruch des letzten Streiks, alle 14 Tage Lohnverhandlungen zu führen, ablehnen. Sie hängen sich dabei auf den Reichstarif, nach dem nur monatliche Lohnverhandlungen in Frage kämen. Durch das beständige Vorgehen sind die Unternehmer gezwungen worden, eine 10prozentige Lohnzulage zu zahlen. Diese Mittelung rief bei der Versammlung große und berechtigte Entrüstung hervor.

In der Diskussion wurde dann dieses Monatsstück gewerkschaftlicher Arbeitsgemeinschaftspolitik scharf kritisiert. Zwar wird von der Zeitung behauptet, daß der B. A. W. nicht der Arbeitsgemeinschaft angegeschlossen ist. Er ist aber ein Glied des AOB, der die Spitze der Arbeitsgemeinschaftspolitik behauptet ist. Und das ganze Gebahren der Führer des Bauarbeiterverbandes ist eben auf diese Arbeitsgemeinschaftspolitik eingestellt. Trotz der scharfen Kritik der Kollegen ist die Zeitung es fertig, die Annahme des Schließens zu empfehlen, obwohl noch nicht bekannt ist, ob die Arbeiter den Spruch für rechtsverbindlich erklären. Es ist im Hinblick darauf, daß schon in einer Woche die Verhandlungen für November stattfinden sollen. Es wurde einstimmig erklärt, der Termin sei eben zu kurz und die Unternehmer können auch erst bis 27. 10. ihre Erklärung abgeben. Das war für die Versammlung doch sehr stark, über einen Spruch abstimmen zu sollen, der völlig unzulässig ist, und von dem man noch gar nicht weiß, ob die Unternehmer ihn annehmen.

So wurde ohne weiteres zum nächsten Punkt der Tagesordnung geschritten, in dem der inzwischen erschienene Kollege Scholz den Kassenbericht gab.


Zum 3. Punkt wurde ein Antrag eingebracht, den Reichsbetriebsrätekongress zu beschicken. Kollege Scholz ritt gegen diesen Antrag scharf an. Der Kongress könnte auch nicht mehr schaffen als die Gewerkschaften (!!). Man wolle den Arbeitern nur das Geld aus der Tasche locken und den Reichstag anrufen. Mehr wurde von Scholz erzählt. Von anderen Kollegen wurde ihm scharf entgegengetreten und mit

Recht erklärt, daß es verständlich ist, wenn er als Angehöriger des Bauarbeiterverbandes in dasselbe Horn bläst wie das Pöbel. Sonst könnte er ja bei dem hohen Herrn in Ungnade verfallen und seines Postens verlustig gehen. Er selbst möchte aber doch zugeben (vorausgesetzt, daß er ehrlich ist), daß die Lage der Arbeiterklasse immer schlechter wird und die Gewerkschaften nichts Wirksames dagegen tun. Deshalb müssen sich die Arbeiter eben selbst helfen. Im übrigen sei nichts davon erwähnt worden, daß die Verhandlungsgelder für den Reichsbetriebsrätekongress verwandt werden sollen. Die Arbeiter haben einsehen gelernt, daß die Gewerkschaftsbürokraten die Kassen sperren, wenn Geld gebraucht wird, den Kampf der Arbeiter gegen das Geld zu unterstützen. Die Mittel, die zur Finanzierung des Betriebsrätekongresses nötig sind, werden die Arbeiter selbst durch Sammellisten aufbringen. Da

Genosse! Gibst Du Deine Zeitung an Deine Arbeitskollegen weiter?

Hast Du schon eine Stunde Deiner freien Zeit geopfert, um bei Deinen Nachbarn auch nur einen neuen Leser Deines Blattes zu werben?

Willst Du nicht einmal ernstlich den Versuch machen, mindestens einen neuen Abonnenten für Deine kommunistische Zeitung und damit zugleich einen Mitkämpfer zu gewinnen?



mit soll aber nicht etwa befundet werden, daß die Arbeiter den Gewerkschaftsbürokraten die gefüllten Geldbörse überlassen wollen. Mit ungeminderter Schärfe werden sie den Kampf um die Gewerkschaften und um deren Gelder führen, und es wird ihnen gelingen, beide wieder dem proletarischen Klassenkampf dienstbar zu machen. Durch die eigene Finanzierung des Betriebsrätekongresses wollen die Arbeiter nur zeigen, daß sie sich selbst zu helfen verstehen.

Trotz der verübten Sabotage des Kollegen Scholz wurde der Antrag auf Beschickung des Reichsbetriebsrätekongresses angenommen und Kollege Demski als Delegierter gewählt. Das zeigt erneut, daß sich die proletarischen Massen immer mehr von den reformistischen Führern lösen und eigene revolutionäre Wege zu ihrer Befreiung beschreiten.

Gewerkschaftsführer und Marktwertung.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die AFD haben in Gemeinschaft mit dem christlichen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Gewerkschaftsring deutscher Angestellten und Beamtenverbände (Hirsch-Dünker) eine Denkschrift an den Reichstanzler, an die Ministerien und an die Parteien des Reichstages gerichtet. In dieser Denkschrift verlangen die Gewerkschaften Maßnahmen gegen den Zerfall der Marktwährung, da die Lebensinteressen der arbeitenden Bevölkerung durch die fortschreitende Entwertung der Mark auf das schwerste bedroht sind. Die Forderungen, die aufgestellt werden, sind bekannt; sie sind bereits im sozialdemokratischen Programm enthalten. Aber gerade die wichtigsten Forderungen der Arbeiterklasse, die die Sozialdemokratie aufgestellt und wieder fallen gelassen hat, finden wir nicht in der Denkschrift des AOB und der AFD. Von der Erschaffung der inländischen Währungsmittel ist an keiner Stelle die Rede. Hingegen verlangt der AOB von der Koalitionsregierung Maßnahmen zur Produktionssteigerung. Die freien Gewerkschaften, die die Interessen der Arbeiterklasse vertreten sollen, ermuntern die Regierung, in der ein Robert Schmidt sitzt, der erst vor wenigen Tagen Ueberflüchtungen in allen Industrien verlangt hat, zur Aufhebung des Achtstundentages.

Nicht mit den proletarischen Parteien, nicht mit den proletarischen Kampforganen der Arbeiterklasse zusammen will der AOB und die AFD die Steuerung und Verelendung der Arbeiterschaft bekämpfen, sondern zusammen mit den

christlichen und Hirsch-Dünkerschen Gewerkschaften werden sie sich an die Koalitionsregierung, an die bürgerlichen Parteien des Reichstages mit unzulänglichen und unwirksamen Vorschlägen. Selbst der Sozialdemokrat Warbus hat über die Reihenfolge der Forderungen und über die anderen Forderungen der AOB in der Zeitschrift "Die Klode" geschrieben. Es läßt sich kaum ein schlimmeres Verlegenheitsprodukt denken als die Denkschrift. Es ist ein Verlegenheitsprodukt, die Konfusion eines gemarterten Körpers. Über das Delirium eines Fieberkranken ist nicht der geeignete Wegweiser für praktische Politik. Und wenn wir nach der Methode des Dr. Hirsch-Dünker, Kranken eine Schlinge um den Hals werfen und diese zuziehen, daß ihm der Atem ausgeht, so machen wir ihn allerdings vom Fieber frei, aber auch vom Leben.

Wenn aber die Gewerkschaften noch immer glauben, daß auf diesem Wege etwas erreicht werden kann, so legen wir ihnen jetzt schon die Frage vor, was sie zu tun gedenken, wenn die bürgerlichen Parteien, wenn die Koalitionsregierung ihre Vorschläge nicht annehmen und auch nichts anderes für die Interessen der darbenenden Arbeiterschaft tun?

Die Novembergehälter der Beamten.

Am Mittwoch, den 1. Oktober, fanden im Reichsfinanzministerium Verhandlungen über die Neuregelung der Gehälter der Beamten statt. Von seiten der Organisation wurde eine Nachzahlung für Oktober und eine Erhöhung des Novembergehalts um 12 000 Mark gefordert. Davon sollten 8000 Mt. als Feuerungszulage und 4000 Mt. als Kopfszulage gelten. Die Regierung erklärte, daß sie mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Reiches sowohl die geforderte Nachzahlung für Oktober als auch den Kopfszulage ablehnen müsse. Nach längerem Verhandeln nahmen die Gewerkschaften den Regierungsvorschlag für November des Feuerungszulage von 11 auf 9 Prozent zu erhöhen, an.

Die Forderung der Gewerkschaften auf eine Erhöhung der Oktobergehälter wurde fallen gelassen. Der Protest der Spitzenorganisationen, daß sie dem Vorschlag der Regierung nur deswegen zustimmen, weil die Beamten notwendig Geld brauchen, ist eine leere Ausrede. Die Spitzenorganisationen sind gar nicht gewillt, ernsthaft den Kampf für eine grundsätzliche Regelung der Beamtenegehälter zu führen. Da die bewilligte Zulage keinen Ausgleich für die im Monat November zu erwartende Feuerung ist, muß es Aufgabe der Beamten selbst sein, sofort neue Forderungen der Regierung zu unterbreiten, in denen vor allem Dinge keine prozentualen Zuschläge, sondern dem jetzigen Gehältern entsprechende Summen festgesetzt werden.

Breslau.

Soziales.

Dem Ziel entgegen.

Der Bau unseres Hauses in der Trebnitzer Straße macht gute Fortschritte. Man sieht ihn förmlich seiner Vollendung entgegengehen. Die Kellerräume, denen wir den ersten Besuch abstaten wollen, sind schon fast völlig fertig. Es sind neue Fenster eingebaut worden, damit bei der Rotationsmaschine, die in diesem Räume aufgestellt sein soll, genügend Licht vorhanden ist. Die Maurer haben schon die Wände ab, so daß es nicht mehr lange dauern wird und der Einbau und die Aufmontage der Maschinen kann beginnen. In den Partieräumen sowie im ersten Stock sind die zahlreichen Papierrollen der Produktionsgenossenschaft untergebracht. Da diese Räume der wenigsten Arbeit bedürfen und zuletzt fertig werden können, kann das Papier ruhig noch einige Tage lagern, bis das Papierlager fertiggestellt ist. Im zweiten Stock werden fleißig Regale gebaut, in denen dann das Papier lagern soll. Auch hier werden in wenigen Tagen fertiggestellt sein und die Ablagerung des Papiers kann beginnen. Ist das geschehen, dann wird mit Hochdruck die Renovierung der übrigen Räume betrieben, in denen die Secherei (sowohl Handsecherei wie Sechsmaschinen), die Büroräume (Redaktion, Verlag usw.) Platz finden sollen. Das Dach des Hauses, das beim Kauf nicht gerade für Regenwetter eingerichtet war, ist schon in den ersten Tagen der Bauarbeiten in Ordnung gebracht worden, und hält selbst den stärksten Regengüssen stand. Die Zimmerer sind dabei, die Bodenräume als Lagerräume herzurichten.

Die Ausschachtungsarbeiten haben gute Fortschritte gemacht. Sie mußten jedoch unterbrochen werden, weil vor dem Hause ein Gerüst zum Ausputzen errichtet wurde. So wird in den nächsten Tagen auch damit begonnen werden, dem Haus äußerlich zu einem neuen Aussehen zu verhelfen.

Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki.

Ach ja, das war eine Sehnsucht... wie man Strich haben sie mich zurechtgedreht... Aber obsonen sie mich jagen, mir das Blut ausjagen und das Fell über die Ohren legen — der Ruffe in mir ist doch am Leben geblieben! Eine ausdauernde Rasse, diese Russen! Im Märker kann man sie zerschlagen — sie werden immer wieder auf dem Boden sein. Nehmt mich zum Beispiel, mich haben sie zu Recht zermahlen und zu Speisestücken zerschlagen — und ich lebe erquickt, wie der Acker im Walde, flattere vergnügt von der Kniebe zur anderen und bin mit der ganzen Welt zufrieden! Gott der Herr liebt mich eben... Wie er mich liebte, mußte er lachen... Ach, du bist's! sagte er — und ließ mich laufen...

Die jungen Leute hörten sich die humorvollen Reden des Gasters an und lachten. Auch Ija lachte, zugleich jedoch rief die singende Stimme Verischas in ihm einen Gedanken, der hartnäckig immer wiederkehrte und ihn lebhaft beschäftigte. Sines Tages suchte er über ihn zur Klarheit zu gelangen und fragte den Gasten ungläubig lächelnd:

Begehrt du wirklich sonst nichts weiter auf der Welt, Verischka?

Wer sagt denn das? Ein Schatzschinken zum Beispiel ist noch nie aufgehört zu begehren...

Kein, sag mal die Wahrheit! Du mußt doch irgendwas wollen auf der Welt? sagte Ija ihm hartnäckig zu.

Die Wahrheit möchtest du wissen? Na also... eine Harmonika will ich... Eine recht, recht schöne Harmonika willst du mir... So für fünfundszwanzig Rubel.

Er schwing und lachte zufrieden vor sich hin. Verischka aber durchdrachte ihn ein Gedanke — er wurde ernst und sagte überzeugtem Tone zu Ija:

Ach ein Bruder — auch 'ne neue Harmonika mag ich...

... Denn erstens: ist sie teuer, dann verlorst du sie bestimmt. Und zweitens: wenn sich's herausstellt, daß Verischka nicht als meine jetzige — was dann? Keine jetzige Harmonika ist nämlich ein wahres Prachtstück! Unbezugsbar wertvoll! In ihr hat meine Seele sich eingequartiert! Sie verleiht mich so gut: ich brauche nur den Finger an die Tasten zu legen — und schon singt sie los! Eine wahre Geliebte!

meine Harmonika... keine zweite von der Art gibt's mehr in der Welt... Eine Harmonika — ist wie 'ne Frau, die man hat — die man nicht wieder verlieren sollte — wie

konnt' ich's denn? Eine zweite solche, wie meine Selige war, find' ich nicht mehr... An 'ne neue Frau legt du, ob du willst oder nicht, den alten Maßstab an — und wenn sie dir nicht genug ist, kann's schlimm werden, für mich wie für sie! So steht's... Ach, Bruder, nicht das ist gut, was gut ist, sondern das, was einem gefällt...

In das Lob, das Verischka seiner Harmonika spendete, konnte Ija gleichfalls einstimmen. Verischkas Instrument rief durch seinen wohlklingenden, zarten Ton bei allen, die es hörten, einmütige Bewunderung hervor. Aber Ija konnte sich mit dem Gedanken, daß der Schuster sonst keine Wünsche haben sollte, durchaus nicht befreunden. Die Frage stellte sich für ihn klar und schärf als dar: Kann ein Mensch sein ganzes Leben lang im Schmutz leben, in Lumpen umhergehen, Branntwein trinken, auf der Harmonika spielen und sonst nichts anderes, nichts Besseres begehren? Er hatte nicht übel Lust, den wunschlosen Verischka halb und halb als einen Schwachsinningen zu betrachten. Zugleich beobachtete er diesen sorglosen Menschen stets mit großem Interesse und hatte das Gefühl, daß der Schuster in seinem Herzen besser war als alle übrigen Leute im Hause, wenn er auch ein Strunkebold und Zaungast war.

Wirsteilen magten die jungen Leute sich auch an jene großen und tiefgreifenden Fragen heran, die sich gleich bodenlosen Abgründen vor dem Menschen öffnen und seinen wissensdurstigen Geist wie sein Herz mit Macht in ihre geheimnisvolle Tiefe hinabziehen. Jafow war es stets, der diese Fragen berührte. Er hatte eine sonderbare Gewohnheit angenommen: er mußte sich überall anlehnen, als ob er sich auf seinen Beinen nicht ganz sicher fühlte. Wenn er sah, fühlte er sich entweder mit der Schulter an den nächsten besten Gegenstand, oder er hielt sich mit den Händen daran fest. Ganz er mit seinem raschen, doch ungleichmäßigem Schritt auf der Straße, so sah er mit der Hand nach den Brettern, als ob er sie zählte, oder er tastete mit ihr nach den Säulen, als wollte er ihre Festigkeit prüfen. War er bei Mascha zu See, dann sah er stets am Fenster, mit dem Rücken gegen die Wand gehend, und die langen Finger seiner Hände hielten sich stets am Stuhle oder am Tischrande fest. Den großen, mit feinem, fast blondem Haar bedeckten Kopf zur Seite neigend, schaute er die Sprechenden an, und die blauen Augen in seinem bleichen Gesicht waren abwechselnd halb geschlossen oder weit geöffnet. Er liebte es immer noch, seine Träume zu erzählen, und konnte niemals den Inhalt eines Buches, das er gelesen hatte, wiedergeben, ohne daß er von sich aus irgend etwas Besonderes, Unerwartetes hinzufügte. Ija tadelte ihn deshalb, Jafow aber machte sich nichts daraus und sagte einfach:

So, wie ich's erzähle, ist's besser. Nur die Heilige Schrift darf man nicht ändern, wie man will — bei andern Büchern aber ist's erlaubt. Sie sind von Menschen geschrieben — und ich bin doch auch ein Mensch! Ich kann sie verbessern, wenn sie mir nicht gefallen... Aber sag' mir mal was anderes: wenn du schläfst — wo ist dann deine Seele?

Woher soll ich das wissen?, antwortete Ija, der solche Fragen nicht liebte, da sie in ihm eine ihm peinliche Unruhe hervorriefen.

Ich glaube ganz bestimmt, sie fliegt fort! erklärte Jafow.

Natürlich fliegt sie fort, pflichtete Mascha ihm in überzeugtem Tone bei.

Woher weißt du denn das? fragte sie Ija streng.

So... ich den! mir's... Freilich fliegt sie fort, sagte Jafow nachdenklich lächelnd.

Sie muß doch auch ausruhen... Davon kommen eben die Träume... Ija mußte nicht, was er auf diese Bemerkung antworten sollte, und schwieg, obsonen er stets den lebhaftesten Wunsch empfand, dem Freunde zu antworten. Sie schwiegen alle drei eine ganze Weile. In der dunklen Kellerröhle wurde es gleichsam noch dunkler. Die Lampe schwebte, man roch den Dunst der Kohlen unterm Samowar. Von weitem hallte ein dunkles, sonderbares Geräusch herüber; es war die Schenke, die dort oben heulte und tobte. Und abermals ließ sich Jafows Stimme vernehmen:

Da lärmten nun die Menschen... und arbeiten... und so weiter. Das nennt man — leben! Und dann mit einem Wackel — schwapp! ist der Mensch tot.

Was bedeutet das? Wie denkst du darüber, Ija?

Das bedeutet gar nichts... Sie sind eben alt geworden, da müssen sie sterben... Das stimmt nicht... Es sterben doch auch junge Menschen und Kinder... Auch gesunde Menschen sterben... Wenn sie sterben, sind sie eben nicht gesund gewesen... Und warum leben die Menschen überhaupt?

Fragest du aber schlaue! rief Ija spöttisch, da er sich hart genug fühlte, diese Frage zu beantworten. Sie leben, um zu leben! Sie arbeiten und wollen ihr Glück machen. Jeder Mensch will gut leben, sucht Gelegenheit, vortwärts zu kommen. Alle suchen solche Gelegenheiten, um reich zu werden und beglückt zu leben...

Das tun wohl die Armen. Aber die Reichen? Die haben doch schon alles!... Was brauchen sie noch zu suchen?

Bist du ein kluger Kopf! Die Reichen! Wenn es die nicht gäbe — für wen sollten da die Armen arbeiten?

(Fortsetzung folgt.)

Der kommunistische Hilfsdienst hat sich gut bewährt. Jeden Tag treten die Genossen und auch Genossinnen pünktlich an, um ihren Teil zu dem Bau beizutragen. Sie schaffen aus, verladen, schütten, klopfen Steine, leisten Handlangerdienste, schlappen das Papier nach seinem Bestimmungsort, kurzum, alle Arbeiten werden von den kommunistischen Helfern mit Eifer und Fleiß geleistet.

So geht das Werk rüstig vorwärts, seiner Vollendung entgegen. Das einzige, was zu bemängeln wäre, ist, daß nicht genügend Werkzeuge da sind. Alle kommunistischen Helfer möchten am liebsten jeden Tag kommen, sobald täglich mehr als 100 Genossen und Genossinnen arbeiten könnten, wenn nur genügend Werkzeuge vorhanden wären. So mußte die Bauleitung eine Einteilung vornehmen, daß jeden Tag nur eine bestimmte Anzahl Helfer kommen, damit sie nicht müde herumstehen. Ganz besonders fehlen Maurer-Hämmer. Wir richten deshalb noch einmal die dringende Aufforderung an die Genossen und Sympathisierende, alle Bauhandwerkzeuge, die sie besitzen und entbehren können für die Zeit des Baues zur Verfügung zu stellen. Viele Hände wollen helfen! Gebt ihnen die Mittel, die Werkzeuge!

Mit großer Begeisterung nahmen unsere Breslauer Parteimitglieder den Gedanken des kommunistischen Hilfsdienstes auf. Mit ungläublichem Optimismus eilten sie nach der Erheblicher Straße, um in die Tat umzusetzen. Sie scheuten nicht das Regenwetter der letzten Tage, ihren „Subbotnik“ abzuhalten. Und diese Begeisterung und Hilfe der Breslauer Kommunisten gibt die Gewähr dafür, daß das Haus bald fertig gestellt sein wird. Und dann erst kann die Aufwärtseingliederung der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ beginnen, wie es nötig ist. Denn mit derselben Eile und Opferwilligkeit, mit der die Breslauer Kommunisten jetzt beim Bau ihres Hauses helfen, werden sie dann ihre Partei und deren Waffe, die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ vorwärts bringen. Die Erfolge werden, nachdem die Schwierigkeiten bei der Herstellung unserer Zeitung überwunden sind, umso größer sein. Der neue Bau, das eigene Unternehmen, wird sie dann umso mehr anfeuern zur Weiterarbeit für Partei und Presse.

Und die Genossen und Genossinnen im Bezirk werden nicht zurückbleiben.

Kommunistischer Hilfsdienst.

Für Montag, den 6. November, haben zum Hilfsdienst zu erscheinen die Genossen: Alfred Jantke, Paul Weidner, Johann Probst, Paul Wolling, Oskar Weigelt, Martin und Gotthard Hoffmann, Sara, Mönchen, nachmittags von 4 bis 6 Uhr.

Für Dienstag, den 7. 11. kommen folgende Genossen zur Arbeit: Eberhard Fiedler, Karl Liske, Adolf Klose, Wilhelm Langen, Gaaßen und die Genossinnen Marie Neumann, Marg. Wartenberg. Nachmittags von 4-6 Uhr, vormittags kommt der Genosse Langer. Außerdem hat sich Fritz Brunert, welcher mit uns sympathisiert, bereit erklärt, mitzuarbeiten. Hoffentlich folgen diesem Beispiel noch andere, die unserer Bewegung nahe stehen.

Sozialdemokratische Führer gegen sozialdemokratische Arbeiter.

Bereits am 20. Oktober berichteten wir über eine am 18. Oktober stattgefundene Versammlung der in den städtischen Betrieben Beschäftigten, die gegen das arbeiterfeindliche Verhalten der sozialdemokratischen Stadtverordneten Stellung nahm. Die Versammlung, die allerdings schwach, aber von fast ausschließlich in der USPD organisierten Arbeitern besucht war, verlangte von den USPD-Stadtverordneten, daß sie die Massenentlassungen verhindern, die ausgedehnten Entlassungen rückgängig machen, sowie daß sie mit den fortwährenden Fahrpreiserhöhungen bei der Straßenbahn Schluss machen sollen. Wir wollen diese Resolution der USPD-Stadtverordneten noch einmal zur Erinnerung bringen:

Resolution.

Die am 18. Oktober 1922 in den Zentralhallen versammelten Arbeiter und Angestellten der städtischen Betriebe Breslaus verurteilen aufs schärfste die Maßnahmen des Magistrats, der bereits mit den Entlassungen begonnen hat und noch Hunderte von städtischen Arbeitern und Angestellten jetzt vor dem Winter aufs Pflaster werfen will. Ebenso verurteilen sie das Verhalten der Arbeitervertreter im Stadtparlament, die die Katastrophepolitik der Fahrpreiserhöhungen mitmachen, obwohl sie ganz genau wußten, daß das eine Verminderung des Straßenbahnpersonals zur Folge haben mußte. Am meisten richtet sich die Empörung der Arbeiter dagegen, daß diese Arbeitervertreter dafür stimmen, daß die Zahl der in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten um 10 Prozent verringert werden soll.

Die Arbeiter und Angestellten fordern vom Magistrat und von den sozialdemokratischen Stadtverordneten als einzige Arbeitervertreter im Stadtparlament:

1. Sofortige Aufhebung der ausgedehnten Entlassungen.
 2. Schluss mit den fortwährenden Fahrpreiserhöhungen bei der Straßenbahn, die sich nur gegen die Arbeiter und Angestellten ausrichten.
 3. Deckung des entstehenden Defizits durch schärfste Bekämpfung der Verschwendung.
 4. Verhinderung der Entlassungen und Preiserhöhungen der Straßenbahn.
- und erwarten, daß besonders die sozialdemokratischen Stadtverordneten ihre Mehrheit im Stadtparlament einsetzen, den Forderungen gegen die städtischen Arbeiter und Angestellten zu entsprechen.

Die Arbeiter und Angestellten fordern vom Magistrat und von den sozialdemokratischen Stadtverordneten als einzige Arbeitervertreter im Stadtparlament:

1. Sofortige Aufhebung der ausgedehnten Entlassungen.
 2. Schluss mit den fortwährenden Fahrpreiserhöhungen bei der Straßenbahn, die sich nur gegen die Arbeiter und Angestellten ausrichten.
 3. Deckung des entstehenden Defizits durch schärfste Bekämpfung der Verschwendung.
 4. Verhinderung der Entlassungen und Preiserhöhungen der Straßenbahn.
- und erwarten, daß besonders die sozialdemokratischen Stadtverordneten ihre Mehrheit im Stadtparlament einsetzen, den Forderungen gegen die städtischen Arbeiter und Angestellten zu entsprechen.

Die Arbeiter und Angestellten fordern vom Magistrat und von den sozialdemokratischen Stadtverordneten als einzige Arbeitervertreter im Stadtparlament:

1. Sofortige Aufhebung der ausgedehnten Entlassungen.
 2. Schluss mit den fortwährenden Fahrpreiserhöhungen bei der Straßenbahn, die sich nur gegen die Arbeiter und Angestellten ausrichten.
 3. Deckung des entstehenden Defizits durch schärfste Bekämpfung der Verschwendung.
 4. Verhinderung der Entlassungen und Preiserhöhungen der Straßenbahn.
- und erwarten, daß besonders die sozialdemokratischen Stadtverordneten ihre Mehrheit im Stadtparlament einsetzen, den Forderungen gegen die städtischen Arbeiter und Angestellten zu entsprechen.

Schließlich in der Frage der Entlassungen städtischer Betriebe klärt sich die Lage der städtischen Arbeiter und Angestellten beim Friedensvertrag ein „moralisches“ und „unerschütterliches“ in die Welt. Doch deshalb, weil noch genügend Zeit zum Nachdenken und Handeln vorhanden ist, denn das ist ja die einzige Stunde der modernen USPD-Männer.

Die Interessen des Proletariats zu vertreten. Die USPD-Arbeiter werden daraus den Schluss ziehen, daß sie von den Marionetten im Stadtparlament nichts erwarten können, sondern daß sie sich selbst helfen müssen. Aber dennoch haben sie die Pflicht, von den unverantwortlichen „Führern“ Rechenschaft zu fordern.

In den städtischen Speisefhäusern hat bedauerlicher Weise, wie überall in diesen Tagen, eine Preiserhöhung durchgeführt werden müssen, um wenigstens in bescheidenem Umfange einen Ausgleich an die Geldentwertung zu erzielen und damit die Anstalten lebensfähig zu erhalten. Es kostet gegenwärtig Essen mit Fleisch oder Fisch 40 Mk., ein Gemüse-

KPD c Ortsgruppe Breslau

Dienstag, den 7. November 1922, abends 7 1/2 Uhr, in der Wratislawia, Mauritiusplatz

Wichtig. Funktionärsitzung

Das Erscheinen aller Partei- und Gewerkschafts-Funktionäre ist unbedingte Pflicht. Die Ortsleitung.

gang 30 Mk., Suppe 12 Mk., Kompott 3 Mk., eine Tasse Kaffee 2 Mk. Außerdem wird im Speisehaus 1 an der Weißgerber-Gasse gegen Lösung einer Wochenkarte ein gehaltvolles Essen zum Preise von 50 Mk. verabreicht.

In die Speisehallen gehen bekanntlich nur die Ärmsten der Armen essen. Arbeitslose, Kleinrentner usw. sind es, die sich dieses Essens bedienen, um nicht ganz zu verrecken. Und diese Kreise können eine Erhöhung der Preise fürs Essen nicht ertragen. Deshalb nicht, weil ihre Einnahmen — soweit überhaupt davon geredet werden kann — nicht erhöht wurden. Sie werden sich künftig eben statt 4 oder 5 mal nur noch 2 oder 3 mal in der Woche ein warmes Essen leisten können. Ein Beispiel der „sozialen Fürsorge“ der Stadt Breslau.

Schröpfung der Mieter. Nach den Bestimmungen der Ausführungsverordnungen zum Reichsmietengesetz haben die Mieter Vorschüsse in angemessener Höhe auf die später undgültig umzuliegenden Betriebskosten (Wassergeld, Schornsteinfegergeld, Kosten der Treppenbeleuchtung usw.) zu leisten. Da die Preise hierfür fortgesetzt steigen, werden diese Vorschüsse eine erhebliche Höhe haben müssen und mit weiteren Erhöhungen weiter steigen. In einzelnen Fällen wird das Frache und mehr der Grundmiete, in den meisten Fällen aber wenigstens das Frache der Grundmiete erforderlich sein, um die Betriebskosten zurzeit zu decken. Die Zahlung angemessener Vorschüsse wird deshalb empfohlen, um späterhin nicht allzu erhebliche Beträge nachzahlen zu müssen. Schnell gesagt: Woher die Mieter aber das Geld nehmen sollen, darum kümmert sich niemand. Der Hauspächter verlangt eben den Bockshuh und damit basta. Kann der Mieter nicht zahlen, umso besser. Dann hat der Hauswirt eine willkommene Gelegenheit, ihn an die Luft zu setzen und die Wohnung zu vermieeten.

Städtisches Notgeld und Oberpostdirektion. In der Bevölkerung werden immer wieder Klagen darüber laut, daß die Post die Annahme des städtischen Notgeldes verweigert. Es liegt das daran, daß die Oberpostdirektion in Breslau sich nicht bereit finden lassen will, die vom Publikum in Zahlung gegebenen Scheine auf ihre Echtheit hin zu prüfen und daß die Stadt selbstverständlich nicht Gefahr laufen kann, dadurch zur Einlösung von Falschmünzen gezwungen zu werden. Mit dem Kredit der Stadt bei den Reichsbehörden hat die bestrebliche Weigerung der Post nicht das geringste zu tun, da andere Reichsstellen, wie die Eisenbahn, das städtische Notgeld unweigerlich in Zahlung nehmen und die erforderliche Prüfung der Scheine durch ihre Beamten vornehmen lassen. Immerhin ist es eine recht bedauerliche Tatsache, daß die Post sich weigert, das Notgeld des Magistrats anzunehmen, während sie ohne weiteres das von Privatkapitalistischer Unternehmungen wie z. B. der Linde-Hofmann-Lochhammer A.-G. herausgegebenen Notgeld in Zahlung nimmt.

Der Zentralverband der Schuhmacher teilt mit, daß am Montag, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus Margarethenstraße eine Schuhmacherberufsammlung stattfindet. Näheres siehe Inserat.

Altwaßer.

Führung. Am Dienstag, den 7. November, abends 7 Uhr findet im „Weißen Hof“ ein Filmvortrag „Sowjetland und die Hungerkatastrophe an der Wolga“ statt. Eintrittspreis 15 Mk. ausschließlich Steuer. Genossen, sorgt für guten Besuch dieser Veranstaltung.

Freiburg.

Die Generalversammlung des Kaufmannvereins findet am Mittwoch, den 8. November, abends 8 Uhr im Buchwald statt. Erscheinen ist Pflicht. Die Ortsleitung.

Oppeln.

Stadtverordneten-Versammlung.

Die Behörde macht darauf große Beden und Versprechungen. Mit einer Rührigkeit, die gleichfalls in der Stadtverordnetenversammlung vom 2. Oktober 1922 alle Punkte, die nicht besonders wichtig waren, behandelt. Stundenlang haben wir gehalten, um „eine“ Partei in ein besonderes Licht zu stellen. Nach der Wahl hat man ja wieder Zeit zum Nachdenken, da kann man jetzt schon ein bißchen schwachen Eindruck machen. Eine Reihe für den nur aus effektiven Mitgliedern bestehenden Ausschuss wurde abgelehnt, bezgl. ein Antrag, die Zahl der Oberrealisten, die in der Zeitzeit circa 2000 Mk. Miete pro Abend kostet, um-

Sammeln für den Betriebsräte-Kongreß!

1000 hergegeben. Für den landesweiten Kongreß der Betriebsräte sind 30.000 Mk. notwendig. Der Gemeinderat der Bezirke der Stadt wurde zugewiesen. Der Erhebung einer Jahresmiete für den Kongreß wurde mit großer Majorität zugestimmt. Die Forderungen der Betriebsräte wurden auf 500 Prozent erhöht. Die Verpflegung der Mitglieder wurde verweigert. Die Arbeiterklasse muß aber jetzt schon ihr Augenmerk darauf richten. Für ein paar Tausend (30.000 Mk.) will die Arbeiterklasse Oppeln 30 Tausend Menschen packen. Die Stadt muß diese in eigener Regie befragen, damit möge die Arbeiterklasse wissen. Seine Kontrolle über Arbeitsverhältnisse gab wieder mal der Zentralverband der Betriebsräte herbei zum Besten, als er erklärte, die Lohn- und Gehaltsempfänger bezögen jährlich ein Einkommen von 4-500.000 Mk. Herr Herr, wer ist der Herrliche?

Aus der Arbeiter-Sportbewegung

Schwerathetik.

Au den am 5. 12. und 10. November stattfindenden Bezirkswettkämpfen Schwerathleten und Ringen sind annähernd 200 Mitbewerber eingegangen. Fast alle Bezirksvereine haben ihre besten Kämpfer. Am 8. November fecht 5 Uhr gegen die Wettkämpfer für die Schüler und Jugendlichen in der Festungstraße, 12. November treten die Interklassen an und zwar im Ringen: Leicht-, Mittelgewicht, im Fechten: Damentanz, Fechten und Schwergewicht. Am 10. November im Ringen: Bantam-, Feder- und Schwergewicht, im Fechten: Damentanz, Mittelgewicht. In allen Veranstaltungen gelten von 10 bis 11 Uhr Eintritt. Wir erwarten von den anderen Sportvereinen eine gute Beteiligung. Wir erwarten von der arbeitenden Bevölkerung und den abseitsstehenden Sportern.

K * P * D

Kommunistische Partei Deutschlands (Bez. Schlesien)

Bezirksleitung

Büro und Kasse: Breslau, Nikolaistraße 49/50. Fernsprecher Ring 88. Adresse: Alfred Oelkner, Breslau 1, Nikolaistr. 49/50. Postfachkonto Breslau 58864, Alfred Oelkner.

Bezirksleitungssitzung.

Montag, den 6. November, nachmittags 5 Uhr, im Parteibüro. Erscheinen aller Bezirksleitungsmitglieder ist unbedingte Pflicht.

Agitationskreis Breslau.

Dienstag, den 7. November, abends 7 1/2 Uhr, Funktionärsitzung in der „Wratislawia“, Mauritiusplatz. Jeder Genosse, der eine Funktion in der Gewerkschaft, im Betriebe oder Partei hat, ist verpflichtet, an dieser Sitzung teilzunehmen. Referent: Genosse Melzer.

District 7 und 8. Achtung! Lokalwechsel!

Am Montag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, Olesnerstraße im Restaurant „Zur Stadt Waterloo“. Districtsabende. Eine Genossin spricht über das Thema: „Wie kann Frau ihr Glück finden?“ — Alle Genossen müssen in Frauen und sympathisierende Frauen mitbringen.

Agitationskreis Landeshut.

Landeshut. Revolutionsfeier. Dienstag, den 7. November, abends 8 Uhr, im Gasthaus zur Sonne, bestehend in Gesangs- und Theater. Eintritt für die Mitgliederbuch sich legitimierende Genossen und Genossinnen frei, für Nichtmitglieder (Sympathisierende) 5,00 Mk. 3-reicher Besuch ist Ehrensache.

Agitationskreis Striegan.

Freiburg. Donnerstag, den 9. November, abends 7 1/2 Uhr, im Buchwald Revolutionsfeier. Pflicht eines Mitgliedes ist, zu erscheinen. Zeitungsliefer, Sympathisierende und Gäste herzlich willkommen.

Kommunistische Jugend.

Mittwoch, den 8. November, abends 7 1/2 Uhr, im Buchwald Revolutionsfeier. Pflicht eines Mitgliedes ist, zu erscheinen. Zeitungsliefer, Sympathisierende und Gäste herzlich willkommen.

Agitationskreis Breslau.

Heim Lenin. Am Dienstag, den 7. November, fällt um Heimabend aus, da wir uns an der Revolutionsfeier beteiligen.

Agitationskreis Waldenburg.

Mittwoch, den 8. November, Vortrag: „Was lehrt die bürgerliche Gesellschaft vom Geschlechtsproblem.“ Die nächste Funktionärsitzung findet Sonnabend, 4. November, um 8 Uhr im Heim statt.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Graf; Inserate: M. 3/40cher. Druck und Verlag: Produktivgenossenschaft, die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Schauspielhaus.

Täglich 7 1/2 Uhr. Prinzessin Olala. Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr. Der Rastelbinder.

Liebig-Theater.

Täglich 7 1/2 Uhr. Das grosse November-Programm.

Zentralverband der Schuhmacher.

Verwaltung Breslau, Margarethenstraße 17. Montag, 6. November, abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Margarethenstraße 17, für alle im Schuhmacherhandwerk beschäftigten Personen.

Schuhmacher-Versammlung.

Tagesordnung: Die Lohnverhandlungen mit der Schuhmacher-Zunung. Ohne Mitgliedsbuch od. Karte kein Zutritt. Volljähriger Besuch ist notwendig. Die Lokalkommission i. A. Gg. Meiner.

Wirbelwind.

3. und 4. Teil. Dazu Das gute Beiprogramm.

Dienstag, 7. November 1922, abds. 7 Uhr, in der Aula der Oberrealschule in Oppeln

Deutsch-Russisches Meeting

anlässlich der fünfjährigen Wiederkehr des Tages der russischen Revolution. Es spricht Arthur Wiesner-Breslau. Dichtungen von: Heine, Jones, Herwegh, Max Gorki, Weiffing, Barthel, Barbusse u.a.

Ansprache von: Fritz Rück - Berlin. Mitwirkung der Mandolinen-Kapelle der „Freien Sport-Vereinigung“ - Oppeln. Eintrittspreis 30.- Mk.